

Auf der Müllhalde

„Black Friday“: „Arbeitszimmer und Küche im Fokus“, FR-Wirtschaft v. 23.11.

Es geht am Black Friday nicht nur um Bratpfannen und Computer. Es werden auch unzählige „Textilschnäppchen“ im Angebot sein. Primark, KiK, Aldi & Co werden Jeans und T-Shirts für wenige Euro unters Volk bringen. Bereits heute kauft jede*r Deutsche sechzig neue Kleidungsstücke pro Jahr, mehr als einen Artikel pro Woche, Tendenz steigend. Im Durchschnitt tragen wir ein Kleidungsstück ganze vier Mal, bevor wir es aussortieren. Als Folge landen rund eine Million Tonnen Altkleider jährlich auf der Müllhalde und in Altkleidercontainern.

Die Zeche zahlen die Arbeiter*innen der Textilfabriken in den „Billiglohnländern“, die mit Hungerlöhnen ums Überleben kämpfen. Für ein menschenwürdiges Leben müssten die aktuellen Löhne um ein Mehrfaches erhöht werden. Es geht hier um ein Menschenrecht, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt ist: „Jede arbeitende Person hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung“ (Art. 23.3).

Infolge der Corona-Pandemie wurden unzähligen Arbeiter*innen Löhne unrechtmäßig gekürzt oder sie wurden ohne Entschädigung entlassen. Textilunternehmen haben produzierte Ware nicht mehr abgenommen.

Noch immer verschleppt Wirtschaftsminister Altmaier ein Lieferkettengesetz, das Unternehmen zwingen soll, Menschenrechte zu achten und bei Verletzungen dafür zu haften. Inzwischen setzt sich eine breite gesellschaftliche Bewegung für ein solches Gesetz ein, u.a. auch kürzlich die Evangelische Kirche in Deutschland. Das internationale Netzwerk Clean Clothes Campaign (Kampagne für Saubere Kleidung) hat zu einer globalen Aktionswoche aufgerufen. Es fordert von allen Bekleidungsunternehmen, Verantwortung für die Löhne der Beschäftigten in ihren Lieferketten zu übernehmen. Die Dortmunder Regionalgruppe der Kampagne wird am Freitag dazu auf die Straße gehen.

Dietrich Weinbrenner, Witten

Herzhaft gelacht

Merz: „Neues von einem Sozialhilfe-Empfänger“, FR-Feuilleton vom 10.11.

Für den Beitrag von Arno Widmann zum Buch von Friedrich Merz („Neue Zeit. Neue Verantwortung“) möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Neben allen deprimierenden Nachrichten, die wir leider in den Zeitungen lesen müssen, war dieser Artikel eine Wohltat. Sowohl inhaltlich treffend wie humoristisch geschrieben! Mein Mann und ich haben herzlich gelacht. Dafür liebe ich die Frankfurter Rundschau!

Marion Koch-Seidnitz, Neustadt/Wstr.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201123

Außerdem:

Die Untergangsideologen „Querdenker“ im Bundestag
Autoritäre Tendenzen? Rüstungsausgaben sind toll
Homeoffice und Wege hinaus
Die hohe Schule der Aerosole
Grüne - wogegen, wofür?
Wohin steuern die USA?
75 Jahre Frankfurter Rundschau
Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert den Fachtag Bildungslandschaft zum Lehren, Lernen und Leben in der digitalen Transformation. Gesprächspartner:innen sind Paula Bleckmann (Alanus Hochschule Alfter), Johannes Moskaliuk (International School of Management), Matthias Rohs (Technische Uni Kassel). Die Veranstaltung ist ausschließlich online zu verfolgen unter digitale-bildung.transferagentur-hessen.de

Donnerstag, 3. Dezember, ab 10 Uhr

Stephan Hebel trägt vor und diskutiert in „Hebels aktueller Stunde“. Nur am Bildschirm. Einwahl über die Konferenzsoftware BigBlueButton: www.fr.de/hebelsstunde

Donnerstag, 3. Dezember, 19 Uhr

Lutz „Bronski“ Büge wollte am Donnerstag, 17. Dezember, aus seinem neuen Roman „McWeir – Virenkrieg V“ lesen. Die Veranstaltung ist wegen des Lockdown abgesagt. Info: ybersinn.de/2020/11/26/lesung

Eine Bande von Staatsfeinden

Störer im Bundestag: „Demaskierte AfD“, FR-Meinung vom 21. November

Die AfD eifert gern ihrem Vorbild NSDAP nach

Und wieder einmal ein Schritt der selbsternannten Volksbefreier auf dem Weg des Angriffs auf unsere Demokratie. Auch wenn sich die AfD gern der Praktiken der NSDAP bedient und ihrem großen Vorbild nacheifert, befindet sich unser Land nicht in einer vergleichbaren Situation wie vor der Mächterschleichung 1933, auch wenn der eine oder andere Vergleich angezeigt ist.

Apropos „angezeigt“: Ich als Bürger erwarte vom deutschen Bundestag nun ein klares Zeichen! Hier muss endgültig gegen die kleinteilige Demontage von parlamentarischen Traditionen durch diese Bande von Staatsfeinden vorgegangen werden! Dieser Haufen ist kein „Prüfball“ für den Verfassungsschutz, sondern zeigt mit diesen Aktionen, dass das Grundgesetz definitiv aktiv bekämpft wird. Diese Verbrecher müssen verboten werden!

Es wurden keine Meinungen geäußert, sondern Straftaten begangen und offen die Feindschaft zu unserer freiheitlich-demokratischen dargelegt. Welcher Beweis bedarf es denn noch? Es wurden Abgeordnete sowie deren Mitarbeitende bedroht und der Versuch unternommen, Entscheidungsträger/innen zu nötigen. Personen, die so agieren, gehören in kein Parlament, sondern ins Gefängnis! Und wer versucht, durch Vergleiche zwischen dem Infektionsschutzgesetz und dem Ermächtigungsgesetz der Nazis den Nationalsozialismus zu verharmlosen, der begeht ebenfalls ein zumindest moralisches Verbrechen!

Nun sind die wehrhaften Demokratinnen und Demokraten gefragt, sich diesen widerlichen Verbrechern, seit an seit mit den demokratischen Institutionen, entgegenzustellen. Oder wollen wir diesen Elementen

das Heft des Handelns weiter überlassen?

Jan Waschkowski-Kusche, Bremen

Eine solche Bedrohung hat es noch nicht gegeben

Die Störaktion sogenannter „Querdenker“, Rechtsextremisten und braunen Demokratiefeinden zeigt erneut, wie gefährlich sich der Hass entwickelt, der dem Publikum von der AfD eingetrichtert wird. Die jüngste Aktion der braunen Verfassungsfeinde, der erneute Tabubruch, ist eine neue Qualität des Rechtsextremismus in diesem Land. Diese Demokratie ist wehrhaft, was Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien im Bundestag, dem frei gewählten deutschen Parlament, der Herzkammer der Demokratie, wiederum eindringlich bekundet haben. Deshalb ist es gut, dass diese Störaktion der Rechten möglicherweise strafrechtliche Folgen hat. Doch nach allem, was wir bereits an rechtsextremem Gewalt und Herausforderungen des Rechtsstaats erlebt haben, ist es höchste Zeit, dass darüber nachgedacht wird, ob man gegen die „demaskierte AfD“, wie Karin Dalka treffend schreibt, in die Nähe eines Verbots kommen könnte. Denn eine derartige Bedrohung der parlamentarischen Demokratie hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben.

Es ist höchste Zeit, dass nicht nur verantwortliche Politiker im Bundestag, wie geschehen, auf den Plan treten, sondern dass der Verfassungsschutz und die Justiz ihrer Aufgabe nachkommen und sich schützend vor die parlamentarische Demokratie in unserer Republik stellen. Wer es immer noch nicht begriffen hat: Die größte Gefahr für den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland geht mal wieder von rechts aus, wogegen Demokra-

tinnen und Demokraten aufstehen müssen.

Manfred Kirsch, Neuwied

Ungehinderter Zugang für Lobbyisten

Ich pflege eine herzliche Abneigung bzw. Feindschaft gegenüber der AfD und ihrer Politik. Nun haben sie „Querdenker“ den Zugang zu den Räumen des Bundestages ermöglicht. Alle anderen Parteien sind empört und sehen die Grundfesten der Demokratie gefährdet, es wird geprüft, ob ein Straftatbestand vorliegt. Dem mag tatsächlich so sein, doch wo bleibt die Aufregung angesichts des ungehinderten Zutrittsrechts zu den Räumen des Bundestages für mindestens 778 Interessenvertretern bzw. Lobbyisten?

Laut Abgeordnetenwatch.de vom 14.1.2019 benötigen die nicht mal eine Einladung, sie verfügen über einen extra ausgestellten Ausweis, mit dem sie jederzeit Zutritt haben. Darunter illustre Vereinigungen wie der Bundesverband der Deutschen Banken, der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, der Waffenschmied wie Heckler&Koch und Krauss-Maffei vertritt. Und nicht zu vergessen der Deutsche Zigarettenverband. Natürlich filmen und beschimpfen die niemanden in den Fluren des Bundestages, aber was haben sie dort zu suchen? Niemand hindert sie daran, die Abgeordneten und die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Parteien wie CDU/CSU und SPD verweigern sich einem Lobbyistenregister. Dabei sind es diese Machenschaften, die die vielbeschworene Demokratie gefährden. Solange dies „legal“ ist, kann ich das Geschrei angesichts von einigen durchgeknallten „Alu-Hüten“ und Corona-Leugnern nicht ernst nehmen.

Jochim Maack, Hamburg

Diskussion: frblog.de/stoerer

Ein Anstoß zum Umdenken

Schule: „Was Kinder in Krisenzeiten besonders brauchen“, FR-Wissen vom 17. November

Ich möchte Susanne Göltzer für Ihren Beitrag, in welchem sie empathisch den Umgang mit Schülern in Corona-Krisenzeiten postuliert, ganz herzlich danken. Gleichwohl hätte ich mir – gerade als ehemaliger Förderschullehrer (Sprachheilschule) – für sie mehr Raum in unserer FR gewünscht, um die Konsequenzen, die sie am Ende andeutet, darlegen zu können: Unter Beibehaltung aller geltenden Lehrpläne, Lernziele und schulorganisatorischen Regelungen müssten bei einer Verkleinerung bzw. Aufteilung von Lerngruppen (dies würde für alle Schulformen gelten!) bei gleicher Unterrichtszeit entsprechend mehr Lehrkräfte und auch Räume zur Verfügung stehen. Genau dies wäre aber als bildungspolitisches Postulat dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) entgegenzuhalten, wenn er bemerkt, dass

es unrealistisch sei, Schulklassen aufzuteilen, um mehr Abstand zu ermöglichen. „Dafür brauche man mehr Lehrer:innen“ (FR v. 17.11. S. 2).

Alle bis dato diskutierten Ideen und Maßnahmen (Maskenpflicht, Lüften, Hybridunterricht, Homeschooling) werden uneinheitlich verordnet und praktiziert, sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit umstritten, stoßen nicht immer auf Akzeptanz oder scheitern an Praktikabilität, sind m.E. nur plakative und nur kurzfristige Versuche, Neuinfektionen zu reduzieren. Sie stellen aber unter den jetzigen Bedingungen eine unzumutbare Belastung für alle Beteiligten dar!

Frau Göltzer schließt mit der Forderung nach mehr Zeit für Lehrerinnen und Lehrer und für Mut, die Schule nicht in den Zeitplan eines normalen Schuljahres zu quetschen. Diesen

kindorientierten Impetus zu Ende gedacht und als realistische Perspektive projiziert, erfordert einen Paradigmenwechsel. Den wird es weder kostenlos noch von heute auf morgen geben. Aktuell geltende Schwerpunkte der Ausgaben des Bundes und der Länder gehören in diesem Sinne auf den Prüfstand! Es muss ein Prozess stattfinden, der alle Ideen zum kurzfristig möglichen, einfühlsamen und nicht überlastenden schulbezogenen Umgang mit der Pandemie in wechselseitiger Wertschätzung sammelt, diskutiert, auf Brauchbarkeit und Anwendbarkeit hin prüft und zu einem langfristigen und dauerhaften Konzept weiterentwickelt. Danke, Frau Göltzer, dass Sie dafür den Anstoß gegeben haben!

Dieter Offermann, Darmstadt

Diskussion: frblog.de/autoritaer